

## **Zukunft Baukultur II – Fokus OÖ**

Podiumsdiskussion am 16. September 2015

Die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten lud gemeinsam mit der Plattform Baukulturpolitik am 16. September erneut zur Podiumsdiskussion „Zukunft Baukultur“. Diesmal lag der Fokus auf Oberösterreich.

Unter den Diskutanten waren die beiden Landtagsabgeordneten Alfred Frauscher (ÖVP) und Erich Rippl (SPÖ), die beiden Landtagskandidaten Ulrike Böker (Die Grünen) und Wolfgang Bernhard (NEOS) und Wolfgang Modera, Leiter der Abteilung Wohnbauförderung des Landes OÖ. Unter der Moderation von Volker Dienst stellten sie unter anderem ihre Meinung zur Transparenz bei öffentlichen Bauvorhaben oder nachhaltigen Mobilitätskonzepten dar.

Die vielfältigen Herausforderungen vor denen Entscheidungsträger von Land und Gemeinden bei baulichen Projekten stehen und die hohe Verantwortung die sich daraus für die Gestaltung der Umwelt ergibt, standen im Mittelpunkt des Abends. Der Vorschlag, den offenen Architekturwettbewerb als Regelverfahren zur Lösungsfindung für anstehende Bauaufgaben zu etablieren, stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Es besteht Angst vor der Vielzahl der Projekte und den möglicherweise höheren Kosten für die Wettbewerbsabwicklung. „Der offene Architekturwettbewerb ist das sicherste und wirtschaftlichste Verfahren. Er verursacht nur marginal höhere Kosten, die aber durch die Vielfalt der eingereichten Vorschläge mehr als wettgemacht werden“, so Kammerpräsident Rudolf Kolbe. Böker plädierte in der Hinsicht auf Finanzen für eine Förderung der Projektentwicklungs- und Planungskosten: „Diese Kosten müssen momentan von den Gemeinden getragen werden. Das Land Oberösterreich hat kein Verständnis dafür, dass das eine große Herausforderung ist.“

Ein weiteres Thema war die Abwicklung von Hochbauprojekten der Gemeinden durch Generalübernehmer. „Die Vergabe an Generalübernehmer soll nicht zum Regelverfahren werden“, hob Frauscher besonders hervor.

Bernhard Rihl, Regionalsprecher OÖ der Plattform Baukulturpolitik, machte auf den Mangel an Gesetzen zur Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen in Oberösterreich aufmerksam. „Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle im Vergaberechtsschutz mit Antragslegitimation der Kammern würde dem entgegenwirken“, meinte Rippl dazu.

Beim Thema der zukunftssicheren Mobilitätskonzepte waren sich die Politiker weitgehend einig und befürworteten die sanfte Mobilität und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.